

Oerlikon schliesst Übernahme ab

METCO sda. Der Industriekonzern Oerlikon hat die Übernahme der Oberflächenbeschichtungssparte der Konkurrentin Sulzer früher als geplant abgeschlossen. Nun will der Konzern seine Chancen ausspielen. Erst im vergangenen Januar war der Kaufvertrag unterschrieben worden. Weil die Wettbewerbsbehörde nun zugestimmt hat, konnte der Prozess bereits abgeschlossen werden. Das fusionierte Geschäft, das nun in dem Bereich Surface Solutions zusammengefasst wird, erzielte 2012 einen Proforma-Umsatz von 1,2 Milliarden Franken und wird damit zum grössten Segment des Konzerns. Es verfügt über eine globale Präsenz mit rund 130 Standorten und mehr als 110 Beschichtungszentren.

NACHRICHTEN

Mobilfunk peilt Rekord an

PROGNOSE sda. Im kommenden Jahr wird es auf der Welt laut einer Studie erstmals mehr Mobilfunkanschlüsse als Menschen geben. Im ersten Quartal 2014 gab es nach Berechnungen des Netzwerkausstellers Ericsson bereits 6,8 Milliarden Mobilfunkverbindungen. Anfang Jahr lebten demgegenüber rund 7,2 Milliarden Menschen auf der Erde. In den kommenden Jahren werde vor allem die Zahl mobiler Internetanschlüsse explosiv ansteigen, teilte das schwedische Unternehmen mit. So dürften bis zum Jahr 2019 rund 60 Prozent der 9,2 Milliarden weltweiten Mobilfunkanschlüsse mit Smartphones genutzt werden.

BAK Basel senkt die Prognose

KONJUNKTUR sda. Die Ökonomen des Konjunkturforschungsinstituts BAK Basel geben sich bei den Wirtschaftsprognosen für das laufende Jahr zurückhaltender als noch im März: Sie rechnen mit einem Wachstum von 2 Prozent statt 2,2 Prozent. Ein Grund dafür sind die warmen Wintertage am Jahresanfang. Als «erst zu nehmendes Achtungszeichen» werten die Experten den Rückgang der Investitionen in mobile Güter wie Maschinen und Fahrzeuge. Möglicherweise seien die Investoren durch die Masseneinwanderungsinitiative aufgeschreckt.

Artemis-Gruppe steigert Umsatz

INDUSTRIE sda. Die Industrie- und Finanzbeteiligungsgruppe Artemis hat im Geschäftsjahr 2013 mehr umgesetzt. Der Umsatz stieg im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 Prozent auf 2,58 Milliarden Franken. Der Gewinn nach Steuern wuchs von 116,9 Millionen auf 186,4 Millionen Franken. «Unsere Strategie des Wachstums durch Diversifizierung zahlt sich aus», sagte Konzernchef **Michael Pieper**. So hätten Zukäufe der zur Gruppe gehörenden Industrieunternehmen Franke und Feintool wesentlich zum Umsatzplus beigetragen.

HEIZÖLPREISE

Richtpreise in Franken (inkl. Mehrwertsteuer) für die Stadt Luzern (übrige Gebiete je nach Transportkosten)

Preis 100 Liter	3. 6. 2014	Vortag
800 – 1500	113.10	113.50
1501 – 2000	110.40	110.80
2001 – 3500	105.90	106.30
3501 – 6000	103.30	103.70
6001 – 9000	101.80	102.20
9001 – 14 000	98.80	99.20

Quelle: Swiss Oil Zentralschweiz

Als Helvetia gegen die Banken



Verkleidet als Wilhelm Tell und Helvetia, sammelten diese Initianten gestern in Bern Unterschriften für die Vollgeldinitiative.

Keystone/Gian Ehrenzeller

INITIATIVE Unkontrollierbare Finanzströme standen am Anfang der Finanzkrise. Wissenschaftler streben darum eine stärkere Rolle der Nationalbank an. Gestern lancierten sie eine Initiative.

RAINER RICKENBACH
rainer.rickenbach@luzernerzeitung.ch

Die Nationalbank ist es, die Geldmengen steuert und verteilt. So steht es in der Bundesverfassung. Die Wirklichkeit sieht indes ganz anders aus: Das meiste Geld, das heute per Mausclick rund um den Globus verschoben oder über Kreditkarten abgebucht wird, hat sich vom realen Geld abgekoppelt. In Münzen und Noten existiert nur ein geringer Gegenwert für den sogenannten Buchwert, dessen imposante Werte zum Beispiel auf den Bildschirmen von Händlern aller Art auftauchen.

Vom Buchgeld zum Vollgeld

Nur gerade 10 Prozent des Geldes, das sich weltweit im Umlauf befindet, sind real durch Münzen und Noten gestützt – sogenanntes Vollgeld. Der gros-

se Haufen mit den 90 Prozent ist virtuelles Geld, geschaffen vor allem von Marktbanken, die Hypotheken und andere Kredite ausleihen, über deren Gegenwert sie in physischer Form gar nicht verfügen – sogenanntes Buchgeld. «Geld ist heute ein Produkt des Finanzmarktes. Die Banken schaffen es aus dem Nichts. Und weil sie mit Geld verdienen können, machen sie immer mehr davon – viel mehr, als die Realwirtschaft braucht. Das ist die Grundlage aller Finanzblasen», sagt der emeritierte Professor für öffentliches Recht, Philippe Mastronardi.

Er gehört zum wissenschaftlichen Beirat des überparteilichen Vereins Monetäre Modernisierung (Momo). Er setzt sich zusammen aus weiteren Wissenschaftlern von verschiedenen Bereichen vor allem der Universitäten St. Gallen und Basel. Der Verein lancierte gestern die Vollgeldinitiative und hat nun bis zum 3. Dezember 2015 Zeit, die notwendigen 100 000 Unterschriften zu sammeln. Gelingt ihm das, geht das Volksbegehren durch die üblichen politischen Mühlen und dürfte 2017 oder 2018 zur Abstimmung gelangen.

Banken sorgen für Geldflut

Mastronardi verleiht seiner Forderung mit Zahlen Nachdruck. Die Geldmenge betrug zwischen 2003 und 2012 durchschnittlich 340 Milliarden Franken. Von

der Nationalbank stammten «nur» 40 Milliarden Bargeld. «Die Banken erzeugten also 300 Milliarden als elektronisches Buchgeld auf unseren Konten», rechnet der Wissenschaftler vor.

Ihm und seinen Kollegen schwebt eine Art Rückbesinnung auf einen Voll-

«Die Banken schaffen viel mehr Geld, als die Realwirtschaft braucht. Das ist die Grundlage aller Finanzblasen.»

PHILIPPE MASTRONARDI,
EMERITIERTER PROFESSOR
FÜR ÖFFENTLICHES RECHT

geldkreislauf vor, so wie er in der Bundesverfassung seit dem 19. Jahrhundert vorgesehen ist. Kurz: Nur die Nationalbank ist befugt, Geld dem Bund, den Kantonen und den Bürgern zuzuteilen sowie den Banken Kredite zu gewähren. Und das nicht mehr nur mit Münzen und Noten, sondern neu auch in elektronischer Form – eben Buchgeld. So wollen die Initianten Übertreibungen – wie etwa momentan in der Immobilienbranche – den Riegel schieben.

Die Nationalbank als vierte Gewalt

GEGNER rr. Die Gegner einer Vollgeldreform kritisieren, die Nationalbank erhalte zu viel Macht und verfüge nicht über die notwendigen Marktkenntnisse, um die «richtige» Geldmenge zu bestimmen. Die liberale Denkfabrik Avenir Suisse etwa hält die Risiken einer Vollgeldreform für schwer kontrollierbar. Sie warnte bereits im vergangenen März vor nicht wiedergutzumachenden Schäden im Finanzsystem.

«Das Geld auf den Zahlungskonten ist vollumfänglich sicher, da es Geld der Nationalbank ist», so Mastronardi. «Bankenpleiten können den Sparer nichts mehr anhaben. Finanzblasen werden verhindert, weil die Banken kein eigenes Geld mehr schaffen können, und die Finanzbranche ist für die Realwirtschaft da – und nicht umgekehrt.»

Banken würden zu Treuhändern

Die Banken müssten sich darauf beschränken, nur noch Geld zu verleihen, das sie von Sparern, Investoren und der Nationalbank zur Verfügung gestellt erhalten. Konkret bedeutet das: «Das Geld würde von der Bank nur noch treuhänderisch und ausserhalb der Bankbilanz verwaltet. Die Bank kann das Geld auf diesen Konten nicht mehr für Kredite ausleihen.» Wolle der Bankkunde Zins einstreichen, könne er sein Geld auf einem Spar- oder Anlagekonto anlegen. Diese Mittel könnte die Bank dann für die Kreditvergabe verwenden.

Es käme zu einer klareren Aufgabenteilung zwischen der Nationalbank und den andern Geldhäusern. Mastronardi, formuliert es so: «Die Nationalbank bestimmt die Geldmenge nach demokratischen Gesetzen. Die Banken bestimmen die Verteilung des Geldes nach Marktgesetzen.» Als Quasiverstaatlichung der Banken wollen die Initianten ihren politischen Vorstoss nicht verstanden wissen.

Frankenaufwertungsdruck steigt

Mit der Einführung des Vollgeldes nähme die Schweiz international eine Pionierrolle wahr. Technisch ist das nach Einschätzung der Initianten kein Problem, denn dem Ausland sei es gleichgültig, wie das Land seine Währung herstelle und decke. Wichtiger sei fürs Ausland eine gesunde Geldpolitik.

Nur: Als Vollgeld legt der Franken noch mehr an Stabilität zu und wird als Folge davon noch teurer. «Die Nationalbank kann mit dem Aufwertungsdruck umgehen. Das beweist sie in der Eurokrise erneut», ist Mastronardi überzeugt. In der Hinterhand habe sie für den schlimmsten Fall immer noch Negativzinsen für ausländische Anleger, um einen noch grösseren Ansturm auf die Schweizer Währung abzuwehren. Ein Rezept, das die Schweden und Dänen heute schon anwenden, um ihre Währungen nicht durch die Decke schiessen zu lassen.

Tiefe Inflation setzt EZB unter Zugzwang

EUROZONE Die Inflation ist stärker als erwartet zurückgegangen. Experten rechnen morgen nochmals mit einer Leitzinssenkung der EZB.

sda. Die Preise in der Eurozone sind im Mai weniger stark gestiegen als erwartet. Im vergangenen Monat lagen die Konsumentenpreise in der Währungsunion 0,5 Prozent höher als im Vorjahr, wie das europäische Statistikamt Eurostat am Dienstag mitteilte. Damit liegt die Inflationsrate unter den 0,7 Prozent des Vormonats, aber auch unter den Erwartungen von Ökonomen.

Knapp 2 Prozent Teuerung als Ziel

Die EZB stört sich schon länger an der aus ihrer Sicht zu tiefen Inflation. Die Währungshüter haben eine Teue-

rungsrate von knapp unter 2 Prozent als Ziel ausgegeben. Anfang Mai behielten sie den rekordtiefen Leitzins von 0,25 Prozent zwar vorerst bei. EZB-Präsident Mario Draghi signalisierte aber zugleich, bald einzugreifen, um einer möglichen Deflation entgegenzuwirken.

EZB erwägt Strafzins

Weil zuletzt auch Konjunkturdaten aus Frankreich und Italien enttäuschten, haben die meisten Experten inzwischen keine Zweifel mehr, dass der EZB-Rat bei seiner nächsten Sitzung am Donnerstag den Leitzins auf 0,1 Prozent senken wird. Zudem wird erwartet, dass die Währungshüter erstmals bei der EZB geparktes Geld mit einem Strafzins belegen. Damit sollen insbesondere die Banken in den wirtschaftlich angeschlagenen Südländern zur verstärkten Kreditvergabe angeregt werden.

Wie Eurostat mitteilte, verteuerten sich Dienstleistungen in der Eurozone

ersten Schätzungen zufolge zwar um 1,1 Prozent. Die Energiekosten stiegen hingegen nicht. Und Lebensmittel verteuerten sich kaum noch.

Eurokurs spielt eine Rolle

Die von der Notenbank besonders beobachtete Kernrate der Inflation, bei der stark schwankende Komponenten wie Energie und Lebensmittel ausgeklammert werden, fiel im Mai von 1 Prozent im Vormonat auf 0,7 Prozent zurück. Draghi hatte in der Vergangenheit auch wiederholt die Möglichkeit angesprochen, Wertpapiere im grossen Stil zu kaufen. Der EZB-Präsident betonte dabei stets, dass der Eurokurs für die Geldpolitik eine zunehmend wichtige Rolle spiele und Auslöser für ein Handeln der EZB sein könne.

Der hohe Wert des Euro gegenüber anderen Währungen wie dem Dollar drückt über niedrigere Importkosten – etwa für Rohstoffe und Energie – die Inflation.

Arbeitslosigkeit geht zurück

EUROZONE sda. Die Zahl der Arbeitslosen in der Eurozone ist auf den tiefsten Stand seit anderthalb Jahren gefallen. Im April waren 18,75 Millionen Menschen arbeitslos – das waren 76 000 weniger als im Vormonat und 487 000 weniger als ein Jahr zuvor. Damit ging die Arbeitslosenquote leicht auf 11,7 Prozent von 11,8 Prozent im März zurück. Innerhalb der Währungsunion blieb das Gefälle gross. Am niedrigsten war die Arbeitslosenquote in Österreich mit 4,9 Prozent. In den Krisenländern Griechenland (26,5 Prozent) und Spanien (25,1 Prozent) war die Arbeitslosenquote am höchsten.